WESTFÄLISCHE FORSCHUNGEN

MITTEILUNGEN DES PROVINZIALINSTITUTS FÜR WESTFÄLISCHE
LANDES- UND VOLKSKUNDE

IM AUFTRAGE DES INSTITUTS HERAUSGEGEBEN
VON PETER SCHÖLLER UND ALFRED HARTLIEB VON WALLTHOR
SCHRIFTFLEITUNG: KARL-HEINZ KIRCHHOFF

17. BAND

1964

VERLAG ASCHENDORFF · MÜNSTER IN WESTFALEN
IN VERBINDUNG MIT
BÖHLAU-VERLAG · KÖLN/GRAZ

Das Lehnswesen in Westfalen

von Gerhard Theuerkauf

Ich möchte Ihnen eine Institution beschreiben, die in doppelter Weise der Vergangenheit angehört*. Das Lehnswesen *hat* nicht nur Geschichte, sondern es *ist* vergangen; es ragt nicht als Institution in die Gegenwart hinein. Während des 18. und 19. Jahrhunderts ist es schnell zusammengeschmolzen, und seine letzten spärlichen Ausläufer sind bald nach dem ersten Weltkrieg geschwunden.

In unserer Gegenwart besteht das Lehnswesen allein in der Erinnerung: in dem Bild der Vergangenheit, das die Geschichtswissenschaft erarbeitet, und im politischen Schlagwort. Ich denke vor allem an das Schlagwort vom „Feudalismus“, der verstanden wird als eine Gesellschaftsordnung, in der wenige frei sind, nämlich die herrschende Klasse der Gutsherren, und in der die meisten Menschen unfrei sind. Der kontradiktorische Gegensatz von Freiheit und Unfreiheit kennzeichnet das Schlagwort vom Feudalismus. Die geschichtliche Dimension dieses Schlagwortes wird zum Beispiel bei Karl Marx deutlich. Er beschreibt den Feudalismus als den „Weltzustand der Unfreiheit“: „Die Menschheit erscheint in bestimmte Tierrassen zerfallen, deren Zusammenhang nicht die Gleichheit, sondern die Ungleichheit ist [...]. Der Feudalismus im weitesten Sinne ist das geistige Tierreich, die Welt der geschiedenen Menschheit.“ Weil der Feudalismus sein Zentrum im Mittelalter hat, folgt für Marx: „Das Mittelalter ist die Tiergeschichte der Menschheit, ihre Zoologie“¹. Diese Ansicht vom Feudalismus ist zugleich eine Ansicht vom Lehnswesen. Denn „Lehnswesen“ ist Feudalismus im engeren Sinn.

Daß der Feudalismus eine Gesellschaftsordnung gewesen sei, in der die Spanne zwischen freien und unfreien Menschen zum Äußersten getrieben war, diese Vorstellung ist heute keineswegs auf den Marxismus beschränkt. Zurückverfolgen läßt sie sich bis ins 18. Jahrhundert; in das Jahrhundert also, in dem der Begriff Feudalismus entstand², in dem König Friedrich Wilhelm I. das Lehnswesen in den preußischen Ländern abzubauen begann und in dem die französische Revolution mit dem Feudalismus das Lehnswesen zerstörte. Das Schlagwort vom Feudalismus erwuchs in der Kritik an sozialen Mißständen der Spätzeit des Feudalismus. Die Geschichtswissenschaft hat den Begriff aufgenommen und zum historischen Terminus differenziert und neutralisiert.

Bis ins 18. oder 19. Jahrhundert hat die Geschichtswissenschaft sich dem Lehnswesen als einem vertrauten, weil noch lebendigen Gegenstand nähern können. Jurisprudenz und Historie, Erforschung des geltenden Lehnrechts und seiner Vergangenheit, überdeckten und ergänzten sich. Als das Lehnswesen im 19. Jahrhundert verdorrte und abstarb, gab es der Geschichtsforschung keine Impulse mehr. Vom Mittelalter begeistert, wandte das historische Interesse, mehrere Jahrhunderte überspringend, sich mit Vorliebe dem älteren Lehnswesen zu. Soweit die deutsche Geschichtswissenschaft von der Reichsgeschichte ausging, trat in den Vordergrund das Lehnswesen von seinen Anfängen in der Karolingerzeit bis zu seiner Blüte im Zeitalter der Stauer. Die heimat- und landesgeschichtliche Forschung dagegen verschrieb sich vor allem dem Lehnswesen des späten Mittelalters. Wuchs doch zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert die Zahl der Lehnurkunden schnell an, und es wurde üblich, Lehnbücher anzulegen. Immer häufiger wurden über eine Belehnung Urkunden ausgefertigt; der Lehnsherr stellte seinen Lehnleuten Lehnbriefe aus, ebenso die Lehnleute ihrem Herrn Reverse. Und immer

* Veränderte Fassung eines Vortrages, den ich am 13. Mai 1964 vor dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, im Kreisheimathaus zu Tecklenburg gehalten habe. Die Anmerkungen geben nur einige Hinweise.

¹ Debatten über das Holzdiebstahlgesetz. Beiblatt der „Rheinischen Zeitung“ v. 25. Okt. 1842; Karl Marx, Frühe Schriften, Bd. 1, hrsg. v. Hans-Joachim Lieber u. Peter Furth, Darmstadt 1962, S. 215f. [Kritik des Hegelschen Staatsrechts:] Die gesetzgebende Gewalt (1843); ebd., Bd. 1, S. 363f.

² Otto Brunner, „Feudalismus“. Ein Beitrag zur Begriffsgeschichte. Akademie der Wissenschaften und der Literatur [in Mainz], Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse, Jg. 1958, Nr. 10, Wiesbaden 1959, bes. S. 598 ff.

mehr Lehnsherren gingen dazu über, die Namen all ihrer Lehnleute und der Lehen, die sie ihnen ausgetan hatten, in Lehnbüchern zusammenstellen zu lassen. Die heimat- und landesgeschichtliche Forschung des 19. und 20. Jahrhunderts benutzte Lehnbücher oft, beschränkte sich freilich meistens, von orts- und familiengeschichtlichem Interesse geleitet, auf Exzerpte und die Untersuchung einzelner Lehnabhängigkeiten. Textausgaben ganzer Lehnbücher und Untersuchungen über das gesamte Lehnswesen eines Territoriums blieben vereinzelt; und eine Darstellung der territorialen Lehnverwaltung für das ganze spätmittelalterliche Deutschland, wie sie Woldemar Lippert 1903 versuchte³, steht bis heute allein. Die reichsgeschichtliche Erforschung dagegen des früh- und hochmittelalterlichen Lehnswesens entwarf von vornherein sein Gesamtbild. Diese Forschungsrichtung führte in unserem Jahrhundert (1933) zu dem großen Werk von Heinrich Mitteis⁴. Er bezog die westeuropäischen Staaten vergleichend ein und warf auch einen Blick auf das Lehnswesen der deutschen Territorien im 12. und 13. Jahrhundert. Eine Darstellung von ähnlicher Weite des Gesichtskreises hat vor wenigen Jahren der belgische Historiker François Louis Ganshof gegeben⁵. Das Lehnswesen des deutschen Reiches und seiner Territorien im späten Mittelalter so übersichtlich darstellen zu können, davon sind wir heute noch weit entfernt. Jedoch scheint das starke sozialgeschichtliche Interesse am Feudalismus und an der Stellung des Adels im Mittelalter nunmehr auch die Erforschung des Lehnswesens im Spätmittelalter zu begünstigen. Mehrere Arbeiten der letzten Jahre deuten darauf hin⁶.

Ich habe einleitend versucht zu kennzeichnen, wie das Lehnswesen heute in der Erinnerung besteht. Nun wende ich mich dem Lehnswesen in der Vergangenheit zu, insbesondere dem Lehnswesen der Landesherren im westfälischen Raum. Ein erstes Kapitel soll erläutern, wie Lehnswesen und Feudalismus sich zueinander verhielten. Ein zweites wird skizzieren, wie in der Rechtsordnung das Lehnrecht stand. Ein drittes wird beschreiben, was das Lehnswesen für das Territorium und im Territorium bedeutete.

I. Lehnswesen und Feudalismus

Eine einheitliche Vorstellung, was „Feudalismus“ sei, gibt es in der Geschichtswissenschaft nicht. Die historischen Feudalismus-Begriffe können eng oder weit gefaßt sein. Ihnen allen gemeinsam ist, daß sie in der hohen sozialen und politischen Bedeutung des Grundbesitzes *ein* oder *das* entscheidende Merkmal des Feudalismus sehen. Ein sehr weit gefaßter Feudalismus-Begriff ist vage und daher für die historische Erkenntnis von geringem Nutzen. Die beste und

³ Woldemar Lippert, Die deutschen Lehnbücher, Leipzig 1903. – Ausgaben von Lehnbüchern z. B.: Die mittelalterlichen Lehnbücher der Bischöfe von Osnabrück, bearb. v. Hermann Rothert; Register, bearb. v. Joseph Prinz; Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. 5, Osnabrück 1932–35. Das Lehnregister des Grafen Otto von Bentheim (1346–1364), hrsg. v. Joseph Prinz. Mitteilungen des Vereins für Geschichte . . . von Osnabrück, Bd. 60, 1940, S. 1 ff. – Darstellungen des Lehnswesens ganzer Territorien in den Einleitungen zu den genannten Ausgaben, ferner z. B.: Elisabeth Jansen, Die Lehen der Herrschaft Anholt, Phil. Diss. (Ms.) Münster 1924. Konrad Krägeloh, Die Lehnkammer des Frauenstifts Essen. Beiträge zur Geschichte von . . . Essen 48, 1930, S. 99 ff. (Unterlagen dazu: ebd. 58, 1939, S. 5 ff.). Gerhard Theuerkauf, Land und Lehnswesen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Verfassung des Hochstifts Münster und zum nordwestdeutschen Lehnrecht; Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 7, Köln u. Graz 1961.

⁴ Heinrich Mitteis, Lehnrecht und Staatsgewalt, Weimar 1933; (Nachdruck Darmstadt 1958).

⁵ François Louis Ganshof, Was ist das Lehnswesen? Darmstadt 1961.

⁶ Feudalismus: Feudalism in History, edited by Rushton Coulborn, Princeton (New Jersey) 1956. Studien zum mittelalterlichen Lehnswesen; Vorträge und Forschungen, Bd. 5, Lindau u. Konstanz 1960. Vgl. Anm. 5. – Adel im Spätmittelalter: Johanna Maria van Winter, Ministerialiteit en ridderschap in Gelre en Zutphen; Bijdragen van het Instituut voor Middeleeuwse Geschiedenis der Rijksuniversiteit te Utrecht, Bd. 31, Groningen 1962. Otto Merker, Die Ritterschaft des Erzstifts Bremen im Spätmittelalter; Einzelschriften des Stader Geschichts- und Heimatvereins, Bd. 16, Stade 1962. Werner Hillebrand, Besitz- und Standesverhältnisse des Osnabrücker Adels 800 bis 1300; Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens, H. 23, Göttingen 1962. Geschiedenis der graven van Limburg Stirum, II 1–3. III 1–3, Assen u. Münster (Westf.) 1961–1963. Friedhelm Forwick, Die staatsrechtliche Stellung der ehemaligen Grafen von Schwalenberg; Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens XXII: Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung, Bd. 5, Münster 1963. Reinhard Oberschelp, Die Edelherren von Büren bis zum Ende des 14. Jahrhunderts; Veröff. d. Hist. Komm. Westf. XXII: Gesch. Arbeiten z. westf. Landesforschung, Bd. 6, Münster 1963. – Lehnswesen im Spätmittelalter: Ernst Klebel, Territorialstaat und Lehen, in: Studien zum mittelalterlichen Lehnswesen (s. o.), S. 195 ff. Werner Goetz, Der Leihzwang. Eine Untersuchung zur Geschichte des deutschen Lehnrechtes, Tübingen 1962. Vgl. Anm. 3.

brauchbarste historische Definition des Feudalismus, die bisher meines Wissens und meines Erachtens vorliegt, hat Otto Hintze 1929 gegeben⁷. Er spricht von Feudalismus nur da, wo drei Faktoren, sich gegenseitig bedingend, zusammenwirken: 1. Eine grundherrschaftlich-bäuerliche Wirtschaftsweise besteht. Die Renten, welche sie einbringt, gewähren dem Grundherrschaftsherrn ein arbeitsfreies Einkommen. 2. Es besteht ein hoch ausgebildeter, berufsmäßiger Kriegerstand, der seinem Herrscher in Treue verbunden ist. Die ökonomische Basis des Kriegerstandes ist das Renteneinkommen der Grundherrschaften. 3. Der Kriegerstand nimmt eine lokale Herrenstellung ein und hat im Staatsverband maßgebenden Einfluß. Es sind also drei Faktoren, welche nach Hintze den Feudalismus ausmachen: ein ökonomischer, ein militärischer und ein politisch-administrativer. Ein aus Grundherren bestehender Adel leistet Kriegsdienst, und er versieht Herrschafts- und Verwaltungsaufgaben. Die lokale Herrenstellung des adligen Grundherrschaftsherrn ist nicht, wie die des heutigen Gutsbesitzers, grundsätzlich beschränkt auf den wirtschaftlichen Bereich, umfaßt vielmehr auch Gerichts- und Verwaltungsbefugnisse, die heute der Zentralgewalt des Staates zugefallen sind. Ein Staatswesen, in dem solch eine lokale Herrenstellung möglich oder nötig ist, hat eine lockere Struktur. Seine Zentralgewalt ist gering ausgebildet. Den lokalen Gewalten verbleibt viel Eigenleben. Von den modernen, straff von einer Zentrale her gelenkten Staaten gesehen, ist ein vom Feudalismus geprägter Staat partikularistisch. Wertungsfreier beschrieben, ist ein vom Feudalismus geprägter Staat locker gefügt; sei es, daß die Zentralgewalt Herrschaftsrechte an Lokalgewalten delegiert hat, sei es, daß eine Gewalt andere, ursprünglich eigenständige Gewalten überschichtet und ihnen weitgehende Selbständigkeit belassen hat.

Das voll ausgebildete Lehnswesen, wie es uns zwischen dem 11. und 16. Jahrhundert begegnet, war ein Teil, und zwar der Kern des Feudalismus. Der grundlegende rechtliche Vorgang war ein doppelter: Ein Lehnsmann huldigte einem Lehnsherrn und gelobte ihm Treue; der Lehnsherr verlieh dem Lehnsmann ein Lehen. Das Lehen bestand meistens aus Grundbesitz oder Grundrenten. Der Lehnsherr war also ein Grundherr, und der Lehnsmann wurde in der Regel mit der Belehnung zum Nutznießer einer Grundrente. Diese setzte ihn in den Stand, seinen Pflichten nachzukommen, die sich aus seinem Treuegelöbnis ergaben. Der Lehnsmann gelobte allgemein, seinem Lehnsherrn „treu und hold zu sein, sein Bestes zu tun und Ärgstes abzuwenden“. Außer einer allgemeinen Verpflichtung zur Treue ergab sich daraus die Pflicht zu Rat und Hilfe, vor allem, wenn der Lehnsherr es forderte, zu Kriegsdienst. Wenn ein Lehnsmann eine Herrschaft, ein Gericht oder ein Amt zu Lehen trug, fiel ihm mit den Einkünften aus dem Amtslehen die Pflicht zu, es angemessen zu verwalten. Die Lehnsleute besaßen also Lehen, deren Nutzung ihnen zustand. Sie leisteten ihrem Lehnsherrn Rat und Hilfe, vor allem Kriegsdienst; wo der Charakter des Lehens es forderte, verwalteten sie auch Amtslehen. Der Lehnsherr war Grundherr. Seine Grundherrschaft konnte sich aus Eigengut (Allod) und empfangenen Lehen (Passivlehen) zusammensetzen. Indem er Lehen ausrüstet, wandelte er Allod oder Passivlehen in Aktivlehen um. Der Lehnsmann konnte mit der Belehnung zum Grundherrschaftsherrn werden; er konnte aber auch seinerseits neben dem Lehen Eigengut besitzen. – Der Kriegsdienst, den die Lehnsleute zu leisten hatten, war in der Regel Ritterdienst. Das voll ausgeprägte Lehnswesen war wesentlich rittermäßiges Lehnswesen. Die rittermäßigen Lehnsleute waren regelmäßig Grundherren. Durch Rat und Hilfe hatten sie an der Herrschaft ihres Lehnsherrn teil. Die idealtypischen Merkmale des Feudalismus: berufsmäßiger Kriegsdienst, Nutzung eines arbeitsfreien Renteneinkommens, politisch-administrative Herrenstellung, treffen auf die meisten rittermäßigen Lehnsleute zu. Das voll ausgeprägte Lehnswesen war demnach Teil des Feudalismus; und zwar war es der Teil, zu dessen Wesen persönliche Freiheit gehörte, das heißt Freiheit von Leibeigenschaft, Hörigkeit und ihnen ähnlichen Bindungen.

Im Gegensatz zum ursprünglichen Status etwa des Ministerialen war der Lehnsmann oder Vasall in der Zeit des voll ausgeprägten Lehnswesens persönlich frei. Als die Ministerialen seit dem 13. und 14. Jahrhundert zu Lehnsleuten wurden, war ihr sozialer Status bereits zu dem von Freien angehoben. Die Freiheit der Lehnsleute wurde seit dem 11. Jahrhundert mehr und

⁷ Otto Hintze, Wesen und Verbreitung des Feudalismus. Zuletzt gedruckt in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 1, 2. erw. Aufl., Göttingen 1962, S. 84ff.

mehr gestärkt. Das Erbrecht, das die Lehnleute an ihren Lehen gewannen und das sich im Laufe der Jahrhunderte auf einen immer größeren Verwandtenkreis ausdehnte, die Möglichkeit, sich mehreren Herren zur Lehnstreue zu verpflichten, begünstigten die Selbständigkeit des Lehnsmanne. Nirgends im Bereich des Feudalismus waren die Pflichten des Herrn so genau umschrieben wie im Lehnrecht. Der Pflicht des Lehnsmanne zu Treue, Rat und Hilfe entsprach die Pflicht des Lehnsherrn, seinen Lehnsmann zu schützen und zu schirmen. Diese wechselseitigen Pflichten waren sorgfältig abgewogen. Wenn zum Beispiel ein Lehnsmann von jemandem rechtswidrig angegriffen wurde, so war der Lehnsherr verpflichtet, seine Burg dem Lehnsmann zu öffnen und ihm beizustehen. Wohlgernekt: der Angriff auf den Lehnsmann mußte rechtswidrig sein. Der Lehnsmann mußte also zum Beispiel seine Bereitschaft zeigen, die Streitsache auf dem Rechtswege auszutragen⁸. Ein anderes Beispiel: Wenn Lehnleuten, während sie ihren Lehnsdienst leisteten, Schaden zugefügt wurde, mußte der Lehnsherr den Schaden ersetzen. Solange er den Schaden nicht ersetzt hatte, war der Lehnsmann nicht verpflichtet, erneut Lehnsdienst zu leisten⁹. Der Lehnsmann stand also seinem Lehnsherrn keineswegs rechtlos gegenüber. Das Treueverhältnis war ein gegenseitiges Treueverhältnis. Was das Recht des Lehnsmanne über das Lehen anlangt, so war ihm, solange das Lehnverhältnis bestand, nur eine Grenze gesetzt: Der Lehnsmann durfte den Wert des Lehen nicht ohne Zustimmung des Lehnsherrn ungebührlich mindern. Vor allem durfte er nicht eigenmächtig das Lehen oder Teile des Lehen veräußern. Abgesehen von dieser verständlichen Einschränkung durfte der Lehnsmann sein Lehen unbegrenzt nutzen. Den Lehnsmann seines Lehen entsetzen konnte der Herr nur auf Grund eines Urteils seiner übrigen Lehnleute. Der Lehnsmann hatte also am Lehen und gegenüber dem Lehnsherrn erhebliche Rechte. Das bedeutet aber: Er hatte Freiheit. Pflichten und Rechte, Herrschaft und Freiheit waren im Bereich des Feudalismus nirgends abgewogener miteinander verbunden als im voll ausgeprägten Lehnswesen. Das Gleichgewicht von Herrschaft und Freiheit gab dem Institut des Lehnswesens in seiner Blütezeit, im 11. bis 13. Jahrhundert besonderen Rang. Und das Gleichgewicht von Herrschaft und Freiheit erklärt, wie aus einem Staat, in dem das Lehnswesen diesen hohen Rang innehatte, während des späten Mittelalters ebensowohl ein straff zentralisierter wie ein in Territorien zersplitterter Staat hervorgehen konnte. Das voll ausgeprägte Lehnswesen war die abgewogenste Verbindung von Herrschaft und Freiheit im Bereich des Feudalismus. Deshalb war es der Kern des Feudalismus.

Die deutsche Sprache bietet uns, indem sie neben dem Fremdwort Feudalismus die aus ihm abgeleitete Übersetzung Lehnswesen zur Verfügung stellt, die Möglichkeit, das Wort „Feudalismus“ dem Feudalismus im weiteren Sinne vorzubehalten und den Feudalismus im engeren Sinne als „Lehnswesen“ zu bezeichnen. Andere Sprachen, zum Beispiel das Französische und das Englische, haben diese Möglichkeit nicht. *Féodalité* und *feudalism* bezeichnen ebenso das Lehnswesen wie den Feudalismus. Daher stellt sich in Arbeiten, die in französischer oder englischer Sprache geschrieben sind, in viel höherem Maße als in deutschsprachigen Arbeiten das Bedürfnis ein, wenn vom Lehnswesen die Rede sein soll, den Begriff *féodalité* oder *feudalism* entsprechend zu definieren, so zum Beispiel in den verschiedenen Fassungen von Ganshofs Buch über das Lehnswesen. Das Lehnswesen wird verstanden als rechtliche Institution, als der Bereich, für den und in dem das Lehnrecht gilt. Diese Definition ist freilich auf die ersten Jahrhunderte des Lehnswesens, auf die Zeit vom 8. bis ins 11. Jahrhundert, kaum anzuwenden, weil es damals noch kein ausgeprägtes Lehnrecht gab. Da jedoch unter westfälischem Aspekt die spätere Zeit in den Mittelpunkt rückt, kommt dem Lehnrecht als dem Gerüst und der Grenze des Lehnswesens besondere Bedeutung zu. Dem Lehnrecht und seiner Stellung in der Rechtsordnung gilt das folgende, zweite Kapitel.

⁸ Tecklenburger Ministerialenrecht (um 1325) § 7 (8): Joseph Prinz, Das Tecklenburger Dienstmannenrecht. Westfälische Forschungen 3, 1940, S. 181. Privileg der Gräfin Anna für die Tecklenburger Burgmannen (1562): August Karl Holsche, Historisch-topographisch-statistische Beschreibung der Grafschaft Tecklenburg, Berlin u. Frankfurt 1788, S. 265. Ebenso Graf Arnolds Privileg 1580: StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Urk. Nr. 7.

⁹ Münsterisches Weistum von 1536: Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 109f. Vgl. die Privilegien der Tecklenburger Burgmannen von 1562 und 1580: Holsche (wie Anm. 8), S. 266; StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Urk. Nr. 7.

II. Lehnrecht und Landrecht

Das Lehnrecht war ein Sonderrecht. Es galt nicht für alle Personen, sondern nur für die Lehnsleute. Und es galt auch für die Personen, die Lehnsleute waren, nur insoweit, als es sich um Beziehungen zwischen ihnen und ihren Lehnsherren oder ihren Lehen handelte. Wenn eine neue soziale Struktur entsteht, kann sie nach einigen Jahrzehnten oder Jahrhunderten durch umfassende, aufgezeichnete Rechtsregeln verfestigt werden. So hat die rasche Ausbreitung der Industriewirtschaft während des 19. Jahrhunderts in unserem Jahrhundert die Ausbildung des Arbeitsrechtes zu einem Sonderrecht nach sich gezogen. In der Weimarer Verfassung stand 1919 als Programm: „Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht“¹⁰. Weit langsamer ist das Lehnrecht durch umfassende Rechtsaufzeichnung zu einem Sonderrecht geworden. Die Anfänge des Lehnswesens reichen zurück bis ins 8. Jahrhundert. Aus der persönlichen Bindung des Vasallen an seinen Herrn und aus ihrer sachenrechtlichen Beziehung, die das *beneficium*, das Lehen, vermittelte, entstand das Lehnverhältnis. Aber noch im 11. Jahrhundert wurden nur einzelne lehnrechtliche Sätze aufgezeichnet. So beschrieb der im kanonischen Recht geschulte Bischof Fulbert von Chartres im Jahre 1020 prägnant die Pflichten eines Lehnsmanne. Und König Konrad II. schützte 1037 durch ein Gesetz seine Untervasallen gegen Übergriffe ihrer Lehnsherren¹¹. Doch dies blieben einzelne Rechtssätze. Als im 12. Jahrhundert eine Blütezeit des kanonischen und römischen Rechts begann, entfaltete sich auch das Lehnrecht. Im 12. und 13. Jahrhundert wurde in Oberitalien das lombardische Lehnrecht aufgezeichnet. Diese Aufzeichnung, bekannt unter den Titeln „*ius Longobardicum*“ oder „*consuetudines feudorum*“, wurde in Deutschland zusammen mit dem *Corpus iuris civilis* Kaiser Justinians rezipiert. Besonders seit dem 16. Jahrhundert wirkte das lombardische Lehnrecht in gleichem Maße wie das römische Recht auf die Rechtstheorie und Rechtspraxis in Deutschland. Um die gleiche Zeit, in der das lombardische Lehnrecht aufgezeichnet wurde, entstand in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts das Lehnrecht des Sachsenspiegels. Der Charakter des Lehnrechts als Sonderrecht wird in ihm hervorragend deutlich. Neben dem Landrecht stand gleichwertig das Lehnrecht.

Im 12. und 13. Jahrhundert also war das Lehnrecht als Sonderrecht voll ausgebildet. Im westfälischen Raum war seine Sonderstellung deutlich geworden, als im 12. Jahrhundert der Begriff „Lehnrecht“ aufkam („*beneficiarium ius*“, „*feodale ius*“)¹². Es war eine Rechtsordnung, die auf die persönliche Freiheit des Lehnsmanne zugeschnitten war. Die ausgebildete und in ihrem Grundbestand für weite Räume einheitliche Ordnung des Lehnrechts, die Freiheit, welche das Lehnrecht verhieß und zuließ, zog verwandte Rechtskreise in das Lehnrecht hinein. Das Recht der Dienstmänner, so vielfältig zersplittert, daß Eike von Repgow meinte, es im Sachsenspiegel nicht aufzeichnen zu können, mündete seit dem 13. Jahrhundert in das Lehnrecht ein. Für die Grafschaft Tecklenburg ist uns eine Aufzeichnung des Ministerialenrechts noch aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, wahrscheinlich von 1325/26 erhalten. Auf der Rückseite des Originals vermerkte im 15. Jahrhundert eine Hand: „*ad que obligati ministeriales in Teckenborch*“; die deutsche Übersetzung dieser Inhaltsangabe, geschrieben von einer Hand des 16. Jahrhunderts, lautete: „warzu die lehnleut zu Teckelburg verbunden seindt“¹³. Der ständische Unterschied zwischen Ministerialen und Vasallen übertrug sich seit dem 13. Jahrhundert auf ihre Güter. Das Lehnbuch des Grafen Otto von Bentheim (1346/47) und das

¹⁰ Art. 157 Abs. II. Vgl. Arthur Nikisch, *Arbeitsrecht*, Bd. 1, 3. erw. u. völl. neubearb. Aufl., Tübingen 1961, bes. §§ 1–4, 7, 9.

¹¹ Fulbert von Chartres: *Recueil des historiens des Gaules et de la France*, t. 10, nouv. éd. Paris 1874, S. 463, Nr. 38. – Konrad II.: *Monumenta Germaniae historica*, *Legum sectio IV: Constitutiones*, t. 1, Hannover 1893, Nr. 45.

¹² „*beneficiali iure*“ kommt in Westfalen seit 1144 vor, „*feodali iure*“ seit 1185; Heinrich August Erhard, *Regesta historiae Westfaliae*, Bd. 2, Münster 1851, Cod. Nr. 249 u. 451. Zwei Belege für „*iure beneficii*“ angeblich aus dem ersten Viertel des 12. Jahrhunderts (Erhard, a. a. O., Bd. 1, Münster 1847, Cod. Nr. 174 u. 192) sind nicht unbedenklich verwendbar, weil sie in Fälschungen stehen, die – wenn auch nach älteren Vorlagen – erst nach 1154 angefertigt worden sind; Johannes Bauermann, *Die Gründungsurkunde des Klosters Abdinghof in Paderborn*, in: *Westfälische Studien*, Alois Bömer gewidmet, Leipzig 1928, S. 22. Klemens Honselmann, *Die sogenannten Abdinghofer Fälschungen*. *Westfälische Zeitschrift* 100, 1950, S. 336, 340.

¹³ Prinz (wie Anm. 8), S. 180.

Lehnbuch Bischof Florenz' von Münster (um 1378 geschrieben) unterschieden drei Arten von Lehen: Burgmanngut, Dienstmanngut und Manngut. Ein und dieselbe Person konnte Lehen verschiedener Rechtsqualität besitzen. Von den münsterischen Lehnsleuten Bischof Florenz' besaßen etwa 20% Lehen verschiedener Rechtsqualität, die meisten davon zugleich Mann- und Dienstmannlehen. Obwohl also dingliche, nicht mehr ständische Rechtsqualitäten zu unterscheiden waren, hielt das münsterische Lehnbuch um 1378 an dem ständischen Ursprung der Unterscheidungsmerkmale fest. Die drei Teile, aus denen es bestand, trugen die Überschriften: *castrenses*, *vasalli*, *ministeriales*. Die Personen, die Lehen verschiedener Rechtsqualität innehatten, wurden in zwei oder allen drei Abteilungen aufgeführt.

Das Lehnrecht war seit der Blüte des Lehnswesens, seit dem 12. und 13. Jahrhundert Sonderrecht. Wir haben es bisher als das Recht der rittermäßigen Lehnsleute beschrieben. In älterer Zeit war es Teil des Leihrechts und von ihm nicht scharf zu scheiden¹⁴. Dieser Zustand wirkte bis in die Neuzeit nach. Lehnsleute konnten nicht nur rittermäßige Personen sein, sondern auch Bürger und Bauern. Daß in den Hochstiften Osnabrück und Münster während des 16. Jahrhunderts etwa ein Viertel der Lehnsleute Bauern waren, ist durch die Unschärfe des Lehensbegriffes zu erklären. Nur deshalb konnten bäuerliche Ministerialen zu Lehnsleuten aufsteigen. Diese Unschärfe begünstigte es, den Lehensbegriff auszuweiten. So wurden Eigenhörige manchmal als „Gotteslehen“ bezeichnet¹⁵. Wie zwischen ritterlichem und bäuerlichem Lehen, so war in älterer Zeit die Grenze zwischen weltlichen Lehen und geistlicher Pfründe unscharf. Beide hießen bis ins 13. Jahrhundert *beneficium*. Das Urkundenkopiar des Bistums Münster von 1362 faßte Urkunden über weltliche Lehen und geistliche Ämter in einer Abteilung zusammen. Und noch um 1566 konnte Graf Gerd von Oldenburg Pfarrer und Lehnsleute auf ein und denselben Lehnstag laden. Die Vermischung von weltlichen und geistlichen Lehen wurde bis ins 12. Jahrhundert durch die Kraft des Eigenkirchenwesens begünstigt¹⁶. Eigenkirchen konnten von weltlichen Grundherren eingerichtet werden. In diesem Fall setzten die weltlichen Grundherren auch die Geistlichen ein. Die Vermischung des geistlichen und des weltlichen Bereichs hat vielleicht auch auf den Instanzenzug, wie er in Westfalen für Ministerialenrechte bezeugt ist, eingewirkt. Der Instanzenzug ging in allen für Westfalen bezeugten Fällen an einen Bischof: von Tecklenburg nach Osnabrück und vielleicht weiter nach Köln, von Ravensberg und Arnsberg nach Paderborn¹⁷.

Soweit Landesherren zugleich Lehnsherren waren, war das Lehnrecht von vornherein mit dem Territorium verknüpft. Jedoch begründete das Lehnrecht zwischen dem Landesherrn als Lehnsherrn und seinen Lehnsleuten persönliche Beziehungen, die nicht notwendig auf den Raum des Territoriums beschränkt blieben. Der Landesherr hatte, um in der seit dem 16. Jahrhundert üblichen Terminologie zu reden, ausländische Lehnsleute und ausländische Lehen. Das Lehnrecht war also nicht Territorialrecht. Es galt bis ins 16. Jahrhundert auch für die Lehen eines Landesherrn, die nicht in seinem Territorium lagen, und für die Lehnsleute, die nicht in seinem Territorium ansässig waren. Seit dem 16. Jahrhundert engte das Lehnrecht sich auf das Territorium ein, und aus der Ritterschaft schieden die auswärtigen rittermäßigen Lehnsleute aus, die Ritterschaft wurde endgültig zum Landstand. Einem ausländischen gräflichen Vasallen bestritt der Bischof von Münster bald nach der Mitte des 16. Jahrhunderts das Recht, einen Anspruch aus dem lehnbrechtlichen Privileg herzuleiten, das der Ritterschaft und den Städten des Hochstifts seit 1426 verbrieft war. Die Begründung lautete: „dweil

¹⁴ Vgl. Wilhelm Ebel, Über den Leihgedanken in der deutschen Rechtsgeschichte, in: Studien zum mittelalterlichen Lehnswesen (wie Anm. 6), S. 11 ff.

¹⁵ Den Begriff „gotzlehen“ im Wechsel mit „egentobehorygen“ verwendet Johann Wulff zu Füchten in Schreiben an Bürgermeister und Rat der Stadt Soest 1543 und 1544 (vgl. demnächst: Urkunden-Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten, bearb. v. Friedrich von Klocke (†), Bd. 1, Nr. 368–370, 373–374).

¹⁶ Lehnstage Graf Antons von Oldenburg 1565 bis 1567: Alexander Sommer, Der Versuch des Grafen Anton von Oldenburg zur Reorganisation des Lehnswesens in seinen Landen 1565–1568; Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens, Bd. 16, Hildesheim 1909, S. 30 ff. – Eigenkirche: Ulrich Stutz, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechts. Sonderausgabe Darmstadt 1955 (Libelli 28).

¹⁷ Friedrich von Klocke, Untersuchungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Ministerialitäten in Westfalen; Westfäl. Forschungen 2, 1939, S. 227 f.

er kein subditus und Eingeseßen des Stifts Munster sei“. Seit 1570 schränkte eine Klausel die Geltung desselben Privilegs ausdrücklich auf die inländischen Lehen ein. In der Grafschaft Tecklenburg bestätigte Graf Klaus 1469 die Privilegien seiner „Burgmänner, Ritterschaft und Mannschaft“. Als Gräfin Anna von Bentheim-Tecklenburg-Steinfurt 1562 die Privilegien bestätigte, wandte sie sich an die „Burgmänner, Landsassen und Gutsherren“ der Grafschaft¹⁸. An die Stelle des nicht notwendig an den Raum des Territoriums gebundenen Begriffs „Ritterschaft“ war das eindeutig auf das Territorium bezogene „Landsassen“ getreten, an die Stelle des lehnrechtlichen Begriffs „Mannschaft“ der landrechtliche „Gutsherren“. Auch dieser Austausch der Begriffe verdeutlicht, daß die Ritterschaft sich einengte auf die landsässige Ritterschaft, auf die Ritterschaft als Landstand. Die auswärtigen Lehnleute schieden seit dem 16. Jahrhundert aus der Ritterschaft des Territoriums aus, wie gleichzeitig das Lehnrecht sich in gemeines Lehnrecht und Territorialrecht zu scheiden begann. Als Gerhard Arnold Rumpius 1672 „Des Heiligen Römischen Reichs uhralte hochlöbliche Graffschafft Tekelenburg“ beschrieb, widmete er das Werk dem Grafenhaus und „Ihro Hochgräflichen Gnaden Lieben Getrewen Burglehn-Männern, denen Hochwoll-Edelgebornen und Gestrengen Herrn Landständen dieser uhralten hochlöblichen Graffschafft Tekelenburg“¹⁹. Und als der Freiherr von Steinwehr auf Haus Marck 1767 von der preußischen Regierung in Lingen den Auftrag erhielt, „die adeliche Vasallen und Besitzer adelicher Lehngüter“ der Grafschaft Tecklenburg zu befragen, teilte er mit, er kenne „kein andere Vasallen in hiesiger Grafschaft [...] als einige Besitzer landtagsfähiger Rittergüter“²⁰. Die Einschränkung der Ritterschaft auf den Landstand begünstigte die Einschränkung des der Ritterschaft verbrieften Lehnrechts auf das Territorium. Die Wesensverschiedenheit von Lehnrecht und Landrecht, wie sie im Sachsenspiegel besonders augenfällig ist, schwand seit dem 16. Jahrhundert dahin. Das Lehnrecht, das im hohen Mittelalter aus dem Landrecht herausgewachsen war, ging nun wieder in das Landrecht ein. Das Landesprivileg in Münster von 1570 und die kurkölnische Rechtsordnung von 1663 enthielten lehnrechtliche Bestimmungen. Und in dem Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 faßte ein Titel mit der Überschrift „Vom getheilten Eigenthum“ Lehen und Erbzinsgüter zusammen²¹. Als Glied einer territorialen Rechtsordnung wurde das Lehnrecht in den Kampf hineingezogen, der seit etwa 1600 um heimisches Gewohnheitsrecht und fremdes gelehrtes Recht entbrannte. Die „vaterländische Rechtswissenschaft“ („*patria iurisprudencia*“), wie sie besonders ausgeprägt zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Geldern die Gebrüder a Sande forderten²², nahm sich auch des Lehnrechts an.

Die Beschäftigung mit dem Lehnrecht hat uns vom Lehnrecht zum Territorialrecht geführt. Dem Verhältnis von Lehnswesen und Territorium wenden wir uns nun, im dritten Kapitel, weiterhin zu.

III. Lehnswesen und Territorium

Die Rechtsstellung der Landesherren im westfälischen Raum war auf zweifache Weise durch das Lehnswesen mitbestimmt. Sie trugen ihr Land von einem Lehnsherrn, in der Regel dem König, zu Lehen. Und sie taten ihrerseits Lehen aus. Sie waren also zugleich Lehnleute und Lehnsherren, verfügten über Passiv- und Aktivlehen. Die meisten westfälischen Territorien waren reichsunmittelbar. Nicht reichsunmittelbar waren zum Beispiel die Grafschaft Rietberg,

¹⁸ Münster: Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 23f. – Tecklenburg: StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Urk. Nr. 2; Holsche (wie Anm. 8), S. 265; wie Gräfin Anna 1562 Graf Arnold 1580: StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Urk. Nr. 7.

¹⁹ Gerhardus Arnoldus Rumpius, Des Heiligen Römischen Reichs uhralte hochlöbliche Graffschafft Tekelenburg, Bremen 1672 (Nachdruck Hamburg 1935), S. 3.

²⁰ StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Akten Nr. 22.

²¹ Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten, Teil I, Titel 18. – Für Münster und Köln Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 89 u. 93.

²² Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 114ff. Zur Lehnrechtstheorie vgl. Otto Herding, De jure feudali. Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 28, 1954, S. 287ff.

die 1456 ein hessisches Lehen geworden war, und die Herrschaft Rheda, die seit 1365 die Grafen von Tecklenburg von den Bischöfen von Münster zu Lehen empfangen²³.

Belehnt werden konnten Landesherrn nur von einem ständisch Höhergestellten. Die ständische Rangfolge war durch die Heerschildordnung bestimmt. Den ersten Heerschild hatte der König, den zweiten hatten die geistlichen Fürsten, den dritten die weltlichen Fürsten usw.²⁴. Deshalb konnten wohl weltliche Fürsten Lehen von geistlichen empfangen, aber ein geistlicher Fürst konnte nicht von einem weltlichen oder einem geistlichen Fürsten belehnt werden. Freilich gab es Möglichkeiten, diese ständische Schranke zu umgehen. 1252 kaufte Bischof Otto von Münster aus der Hand eines Edelherrn und seiner Verwandten die Herrschaft Vechta und die Grafschaft im Emsgau, mit ihnen zahlreiche Passivlehen, die teils vom Reich, teils von geistlichen Fürsten herrührten, von den Erzbischöfen von Köln und Bremen, den Bischöfen von Paderborn, Osnabrück und Minden sowie dem Abt von Corvey. Von diesen Lehen hätte Bischof Otto von Münster nur die Reichslehen selbst empfangen können. Er sicherte sich jedoch alle Passivlehen, indem er sie von den Verkäufern dreien seiner Lehnsleute zu Lehen übertragen ließ. Diese verpfändeten die frisch erworbenen Lehen sogleich an den Bischof von Münster²⁵. Trotz der Heerschildordnung kam der Bischof also, mindestens für einige Zeit, in den Besitz all der zu der Herrschaft gehörigen Passivlehen.

An der Erweiterung und dem Ausbau der Territorien hatte das Lehnswesen, zumal im 12. und 13. Jahrhundert, bedeutenden Anteil. Denn zu den Lehen gehörten nicht nur Grundbesitz und Grundrenten, sondern auch Burgen, Freigrafschaften, Gogerichte, Kloster- und Stiftsvogteien. Sie zu besitzen, konnte für den Aufbau und Ausbau einer Landesherrschaft entscheidend sein. Der Reichtum, den Bistümer, Klöster und Stifte angesammelt hatten, konnte auf dem Wege über das Lehnrecht der Territorienbildung weltlicher Herren zugute kommen. Wer Lehen empfing, stärkte in jedem Fall seine Macht.

Anders stand es um die Lehnsherrschaft. Sie war nicht der Motor der Territorienbildung, bot vielmehr die rechtliche Form, in welche Erwerbungen verschiedenster Art und verschiedensten Ursprungs sich fügten. Eroberung, Bündnis, Kauf, Verpfändung, Schenkung, sie alle konnten dazu führen, daß Lehnsherrschaft begründet wurde. Die Unschärfe des Untertanenverbandes verlieh bis ins 15. Jahrhundert jedem Lehnsmanne die Stellung eines Untertanen. Das lehnrechtliche Band war dehnbar genug, um lockerste politische Bindungen zu knüpfen, und es konnte fest genug sein, um einen Lehnsmanne eng an seinen Herrn zu ketten. Alles hing von der sonstigen politischen Situation ab. Die Lehnshoheit über die Tecklenburg zum Beispiel, die der Kölner Erzbischof Philipp von Heinsberg, der ein Netz von Lehnsabhängigkeiten über ganz Westfalen breitete, um 1184 erwarb, hat sich späterhin nicht ausgewirkt²⁶. Besonders eng konnten Bündnisse sein, in denen das lehnrechtliche Band durch einen Offenhaus- und Austrägalvertrag gestärkt war. So leisteten 1271 die Ritter Hermann und Bernhard Wolf von Lüdinghausen dem Bischof von Münster einen Treueid „vice sive loco ministerialium“. Sie machten ihm ihre Burg Lüdinghausen zum Offenhaus (*castrum ligium*). Und schließlich gelobten sie: Wenn sie mit einem Geistlichen, Ministerialen, Vasallen oder sonst jemandem in der Stadt und dem Bistum Münster Streit hätten, wollten sie ihn vor dem Bischof austragen. Wollte oder könne der Bischof ihnen kein Recht gewähren, dürften sie sich verteidigen, ohne vertragsbrüchig zu werden²⁷. Der Bischof wurde durch diesen Vertrag nicht nur zum Lehns- oder Dienstherrn derer von Lüdinghausen. Er erhielt überdies ein Nutzungsrecht an ihrer Burg, und er erwarb über die von Lüdinghausen eine beschränkte Gerichtsherrschaft. Eine solche Summe von Rechten ließ sich bei günstigen Umständen sehr wohl zur Landesherrschaft aus-

²³ Rietberg: Wolfgang Leesch, Die Grafen von Rietberg aus den Häusern Arnsberg und Ostfriesland. Westfäl. Zeitschrift 113, 1963, S. 286 u. 297. – Rheda: Bernhard Gertzen, Die alte Grafschaft Tecklenburg bis zum Jahre 1400; Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 71 = III 20, Münster (Westf.) 1939, S. 14f.

²⁴ Vgl. Sachsenspiegel Landrecht I 3 § 2. Über die Stufung im vierten Heerschild: Forwick (wie Anm. 6), S. 57; Oberschelp (wie Anm. 6), S. 13.

²⁵ Westfälisches Urkundenbuch III Nr. 540. Vgl. ebd. Nr. 198, 230, 248, 280, 359, 392, S. 289 Anm. 3, Nr. 412, 420, 552.

²⁶ Gertzen (wie Anm. 23), S. 52. Albert K. Hömberg, Köln und Mark im Kampf um die Herrschaft im südlichen Westfalen. Der Reidemeister 1957 Nr. 3, bes. S. 3.

²⁷ Westfälisches Urkundenbuch III Nr. 906.

bauen. Lehnsherrschaft allein konnte nicht zur Landesherrschaft führen. Entweder mußten andere Rechte die Lehnsherrschaft stützen und stärken. Oder es mußte dem Lehnsherrn gelingen, Lehen einzuziehen und in sein Eigengut zu verwandeln. Diese Möglichkeit haben, soweit ich sehe, die Lehnsherren in Westfalen nur sehr selten genutzt. Die Erbllichkeit der Lehen, die schon im 12. und 13. Jahrhundert bestand und sich seitdem auf einen immer größeren Kreis von Verwandten ausdehnte, stand dem Heimfall von Lehen im Wege. Und auch wo keine Lehnserben vorhanden waren, sah der Lehnsherr häufig seinen größeren Vorteil darin, heimgefallene Güter und Rechte wiederauszuleihen, oder Leihebrauch, wenn nicht gar Leihezwang nahmen dem Lehnsherrn die Freiheit, über seine Lehen zu verfügen.

In der Verwaltung der westfälischen Territorien beruhte der Einfluß des Lehnswesens auf Burgen und Gerichten. Die Burgen, von ministerialischen oder vasallitischen Burgmannen besetzt, waren im 12. und 13. Jahrhundert zugleich lokale Verwaltungsmittelpunkte. Gerichte und Vogteien konnten Lehnobjekte sein. Aber nicht alle Gerichte und Vogteien waren Lehen. Amts- und Lehensprinzip berührten und überschnitten sich im Bereich der Gerichtsbarkeit. Manche Gerichte wurden auf Zeit vergeben; andere waren erbliche Lehen. Der Einfluß des Lehnswesens auf die Territorialverwaltung ging seit dem 13. und 14. Jahrhundert zurück. Die Landesherrn setzten seitdem in ihren Verwaltungsbezirken Amtleute (Drosten) auf Zeit ein, die in ihrem Verwaltungsbezirk die Interessen des Landesherrn vertraten, auch gegen die Inhaber lehnbarer erblicher Ämter. – In der Zentralverwaltung der Territorien büßten die lehnbaren Erbämter seit dem 14. Jahrhundert ihren Einfluß ein. Dagegen behaupteten die Ministerialen und Vasallen ihr Recht, an der Regierung und Verwaltung des Territoriums durch Rat und Zustimmung mitzuwirken. Sie wurden im 15. und 16. Jahrhundert zur Ritterschaft als Landstand. Der Aufbau zentraler Verwaltungsbehörden seit dem 16. Jahrhundert drängte das Lehnswesen weiter zurück, brach schließlich sogar in seinen ureigensten Bereich, die Lehnverwaltung und die Lehngerichtsbarkeit ein.

Das militärische Gewicht des Lehnswesens bestand noch im 16. Jahrhundert. Als die Herzöge von Kleve-Mark 1510 ihrer Ritterschaft das Privileg erteilten, daß Mann- und Dienstmannlehen ebenso auf die Töchter wie auf die Söhne vererbt werden könnten, hieß es in der Begründung unter anderem: Wenn der Landesherr seine Ritter zum Dienst verschreibe und sie im Dienst zu Tode kämen, sei es unbillig, daß die Töchter der Ritter durch den Tod ihrer Väter enterbt würden²⁸. Diese Begründung rechnet mit dem tatsächlichen Kriegsdienst der Lehnsleute. Die weibliche Erbfolge hinderte übrigens nicht, daß vom Lehen regelmäßig Kriegsdienst geleistet wurde. Denn wenn der Besitzer des Lehens nicht selbst zum Kriegsdienst fähig war, mußte er einen Vertreter stellen. Aufgebote der Lehnsleute zur Landesverteidigung waren im 16. Jahrhundert nicht selten. Im Hochstift Münster wurden sie zum Beispiel im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts während des spanisch-niederländischen Krieges mehrmals aufgeboden. Einige ließen sich entschuldigen. Ein Lehnsmann etwa schrieb: seine Pferde seien ihm mehrmals geraubt worden, und er könne noch kein Ritterpferd wieder halten. Ein anderer teilte mit: er könne wegen seines geringen Lehens sich nicht gut rüsten. Und ein Ritter war so kühn zu schreiben: „in Ansehung, das in dieser gefehrlichen Zeit niemand ohne Gefar reisen magh, ime mit der Aufmahnung der Lehenpflicht halben zu verschonen“. Doch die Mehrzahl der Lehnsleute war bereit, den Dienst tatsächlich zu leisten.

Der sinkende Wert der Grundrenten minderte im späten Mittelalter das ökonomische Fundament des Lehnkriegertums. Immer häufiger traten Söldnertruppen auf, die an Kampfgeübtheit die Lehnkrieger übertrafen. War doch ein Lehnsmann nur verpflichtet, einige Wochen im Jahr Kriegsdienst zu leisten²⁹. Als in den sich festigenden Territorien seit dem 15. Jahrhundert die Bedeutung des Landaufgebotes wuchs, verwischten sich die Konturen des Lehnsaufgebotes. Wie Bauern und Bürger, konnten auch die im Territorium eingesessenen rittermäßigen Lehnsleute nach Landrecht aufgeboden werden.

²⁸ J. J. Scotti, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark ... ergangen sind, Th. 1, Düsseldorf 1826, Nr. 16, S. 46f.

²⁹ 6 Wochen: Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 55; Sachsenspiegel Lehnrecht 4 §§ 1 u. 3. 4 Wochen: Tecklenburger Ministerialenrecht § 1; Prinz (wie Anm. 8), S. 180.

Seit dem 16. Jahrhundert machten immer mehr Lehnsleute von der Möglichkeit Gebrauch, den Kriegsdienst durch Zahlung eines Dienstgeldes abzulösen. Das Lehnswesen wurde seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr zur Finanzquelle³⁰. Lehnsleute zahlten außer Dienstgeldern: das Heergewäte, es war fällig, wenn ein Lehen den Besitzer wechselte; Beurkundungsgebühren für die Ausstellung des Lehnsbriefes; dazu kamen die Gebühren der Lehnsprozesse; Gebühren für die Erteilung von Konsensen; Geldstrafen, die für Verstöße gegen Lehnspflichten verhängt wurden. Alles in allem blieben jedoch die Einnahmen des Landesherrn aus dem Lehnswesen weit zurück hinter dem Ertrag, den Schatzungen und Steuern seit dem 16. Jahrhundert erbrachten. Als das Lehnswesen im 18. und 19. Jahrhundert endgültig seine militärische Bedeutung einbüßte, blieb seine finanzielle Bedeutung. Geld trug das Lehnswesen dem Lehnsherrn sogar noch ein, als es schon aufgelöst war.

Das Lehnswesen hatte allezeit einen ausgeprägten finanziellen Aspekt, weil nicht alle Lehnsleute rittermäßig waren. Bäuerliche Lehen wurden oft gegen einen Pachtzins ausgetan. Nach dem Osnabrücker Lehnbuch von 1561³¹ waren von gut 200 Lehnsleuten 43,3% Adlige, 24,6% Bürger und Städte, 8,4% Geistliche und Stifte, 23,7% Bauern. Fast die Hälfte der Osnabrücker Lehnsleute waren also um 1561 Bürger und Bauern. Ähnlich dürften die etwa 330 Lehnsleute des Hochstifts Münster sich prozentual zusammengesetzt haben. Dennoch verbindet sich nicht zu unrecht mit dem Lehnswesen die Vorstellung, es sei eine vorwiegend vom Adel beherrschte und bestimmte Institution gewesen. Die Lehnsaufgebote waren meistens nur Aufgebote der rittermäßigen Lehnsleute. Bürger, welche ihren Status an den von Adligen annähern wollten, erwarben nicht selten Lehngüter. So wurde der tecklenburgische Kanzler Dr. Hermann Heußchen 1578 Lehnsmann. Und Ertwin Ertman, Rat der Stadt und zugleich des Bischofs von Osnabrück, empfing um 1465 zahlreiche Lehen vom Bischof, wie er 1470 von ihm das Recht erhielt, ein Wappen zu führen und sein Osnabrücker Haus die Poggenburg aus aller weltlichen Gerichtsbarkeit eximiert wurde³². Zu seiner Chronik der Bischöfe von Osnabrück spornte ihn nach seinen eigenen Angaben nicht nur die Liebe zu den Schutzheiligen seines Bistums und Vaterlandes an, sondern auch das Bewußtsein, daß er seinem Vaterlande als Vasall durch einen Treueid verbunden sei („amore patronorum sanctorum [. . .] ecclesie et patrie, cui eciam ut fidelis vasallus occasione bonorum feudalium, quibus investitus, iuramento fidelitatis astrictus“) ³³.

Die Grenzen der Territorien verschärfen sich seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Symptomatisch ist ein Vertrag, den der Bischof von Münster 1489 mit den Grafen von Tecklenburg schloß, um Überschneidungen ihrer Gerichts- und Landeshoheit zu beheben³⁴. Der Bischof gestand zu: Seine Freien, die in der Grafschaft Tecklenburg ansässig waren, sollten binnen eines Jahres ihre Erbgüter in der Grafschaft verlassen und ins Hochstift ziehen. Ihre Erbgüter sollten sie verkaufen, notfalls bis zum Verkauf für sich verwalten lassen. Der Bischof verzichtete auf die Freien, die er während der letzten fünf Jahre in der Grafschaft angenommen hatte, und versprach, in Zukunft Freie und Untersassen aus der Grafschaft nicht mehr anzunehmen. Im 16. Jahrhundert wurde die Kluft zwischen Lehnsmann und Untersaß deutlich. Die Ritterschaft verengte sich zur Ritterschaft als Landstand. Die auswärtigen rittermäßigen Lehnsleute sonderten sich in ihrer Rechtsstellung ab. Das Lehnsaufgebot konnte sich nun nach Zahl und Zusammensetzung mit dem Landaufgebot der Ritterschaft decken. Schon seit dem 15. Jahrhundert hatte der Lehnsherr Wert darauf gelegt, daß seine Lehnsleute ihren Wohnsitz

³⁰ Den Anteil der münsterischen Rechenkammer an der Lehnverwaltung im 16. und 17. Jahrhundert überschätzt Wolfgang Leiser in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 50, 1963, S. 104. Vgl. Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 81.

³¹ Johann Karl Bertram Stüve, Bemerkungen über das Osnabrückische Lehnswesen . . . Mittheilungen d. Histor. Vereins zu Osnabrück 3, 1853, S. 182 ff.

³² Hermann Heußchen: StA. Münster, Msc. VII 2106, II Nr. 2 Bl. 16v, 21v. – Ertwin Ertman: Lehnbücher der Bischöfe von Osnabrück (wie Anm. 3), bes. S. 200, 202f. Ernst Müller, Der Wappenbrief des Osnabrücker Chronisten Ertwin Ertman. Archivalische Zeitschrift 40 = 3. F. 17, 1931, S. 270ff. Hermann Rothert in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 3, Münster i. W. 1934, S. 332 ff. und in: Mitteilungen d. Vereins f. Gesch. . . . v. Osnabrück 57, 1937, S. 297; 58, 1938, S. 22.

³³ Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. 1, Osnabrück 1891, S. 22.

³⁴ Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 22f.

in seinem Territorium nahmen. Im Zeitalter der stehenden Heere wünschte der Lehnsherr auch zu wissen, wieweit die Kinder seiner Lehnsleute im Lande seien. Als König Friedrich Wilhelm I. am 3. März 1714 die Vasallen der Grafschaft Tecklenburg zu Huldigung, Treueid und Lehnsaufgang auf das Schloß Tecklenburg lud, erwartete er von ihnen auch einen Bericht, „wieviele Kinder und Lehen-Erben ein jeder Vasalle habe, und ob sich dieselbe in Unserer eigenen Militair- und Civil- oder anderer Puissancen und Ständen des Römischen Reichs Dinsten befinden, und was ein jeder für eine Charge bekleide“³⁵. Die räumlichen Überschneidungen von Lehnshoheit und Landeshoheit wurden im Laufe der Neuzeit mehr und mehr bereinigt, sei es, daß die auswärtigen Lehen entfremdet wurden, sei es, daß zwei Landesherren ihre auswärtigen Lehen austauschten. So tauschte Preußen im 19. Jahrhundert die Lehen westfälischer Territorien, die außerhalb Westfalens lagen, gegen die Lehen außerwestfälischer Territorien in der Provinz Westfalen. Die zahlreichen Corveyer Lehen zum Beispiel im Hannoverschen kamen auf diese Weise an Hannover, und die Osnabrücker Lehen im Ostteil der Provinz Westfalen wurden preußisch³⁶.

Die Festigung des Territoriums, wie sie unter anderem in der Verschärfung der Territorialgrenzen, in der Umwandlung der Ritterschaft zum Landstand und in dem Ausbau der territorialen Zentralverwaltung sich äußerte, wirkte auch auf die Verwaltung der landesherrlichen Lehen. In welchem Maße der Bestand an Lehnsleuten und Lehen in den locker gefügten Territorien bis ins 15. Jahrhundert gefährdet war, zeigt das Beispiel der Hochstifter Münster und Osnabrück. In ihnen sank während eines Jahrhunderts, von der Mitte des 14. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, die Zahl der Lehnsleute auf etwa die Hälfte: in Münster zwischen 1365 und 1467 von etwa 600 auf etwa 330, in Osnabrück zwischen 1350 und 1455 von etwa 450 auf etwa 230. Entsprechend verringerte sich die Zahl der Lehen³⁷. Der Lehnsentfremdung begegnete die territoriale Lehnsverwaltung durch verstärkte Schriftlichkeit. Die Zahl der Lehnsurkunden vervielfachte sich im 14. und 15. Jahrhundert, bis schließlich seit dem 16. Jahrhundert über jede Belehnung Urkunden ausgestellt werden mußten. Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert entstanden in den meisten westfälischen Territorien Lehnbücher, Register, die sämtliche Belehnungen verzeichneten, die ein Lehnsherr erteilt hatte, die Namen der Lehnsleute und der Lehen. In den Grafschaften Arnsberg und Ravensberg waren Lehnregister schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden³⁸. Im 14. Jahrhundert wurden sie angelegt zum Beispiel im Erzstift Köln, in den Hochstiften Minden, Osnabrück und Münster, in den Abteien Herford und Corvey, in den Grafschaften Bentheim, Limburg und Mark, in den Herrschaften Steinfurt, Anholt und Ottenstein³⁹. Der Territorialverwaltung gelang es, indem sie die alten Lehnbücher intensiv benutzte, seit dem 15. oder 16. Jahrhundert den Bestand an Lehen und Lehnsleuten einigermaßen konstant zu halten.

Wenn ein Landesherr die Regierung antrat, pflegte er bis ins 16. oder 17. Jahrhundert seine Lehnsleute zu einem Lehnstag zu laden. Dort huldigten sie ihm, leisteten den Treueid und empfangen ihre Lehen. Lehnstage waren zugleich Lehnserichte. Unter dem Vorsitz eines vom Lehnsherrn bestellten Lehnrichters sprachen die versammelten Lehnsleute Recht. Protokolle solcher Lehnserichte, wichtige Quellen für die Geschichte des Lehnrechts, sind uns für viele Territorien aus dem 16. Jahrhundert, für einzelne schon aus dem 15. Jahrhundert erhalten⁴⁰. Graf Konrad von Tecklenburg führte zum Beispiel 1540/41 einen Lehnprozess gegen das Domkapitel Osnabrück, weil er einige Güter des Domkapitels für tecklenburgische Lehen hielt. Er

³⁵ StA. Münster, Tecklenburg-Lingensche Regierung, Akten, in III 127.

³⁶ StA. Münster, Regierung Minden III d, Nr. 22, Bd. 1-2.

³⁷ Münster: Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 37f. Osnabrück: Hermann Rothert in: Lehnbücher der Bischöfe von Osnabrück (wie Anm. 3), S. 3*.

³⁸ Arnsberg: Johann Suibert Seibert, Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen, Bd. 2, Arnsberg 1843, Nr. 551. – Ravensberg: Westfälisches Urkundenbuch VI, Nr. 1206.

³⁹ Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 63ff. Für die Grafschaft Tecklenburg sind allein Lehnregister des 17. Jahrhunderts erhalten; sie gehen teilweise auf Vorlagen von etwa 1500 zurück (StA. Münster, Msc. VII 2106, II Nr. 1-2).

⁴⁰ Theuerkauf (wie Anm. 3), S. 104ff. Erich Kittel in: Lippische Mitteilungen 32, 1963, S. 314. Otto Schnettler, Das Lehngericht der Herrschaft Volmarstein und der Lehnserichtsplatz am Pfarrhaus zu Hagen-Boele. Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 58, 1962, S. 465ff.

setzte zu diesem Zweck einen Lehnrichter ein, ernannte einen Lehnsmann zu seinem, des Landesherrn, Stellvertreter, einen anderen zu seinem Fürsprech und bestimmte einen dritten zum Lehngerichtsschreiber. Der Lehnrichter zitierte durch zwei Boten, auch sie tecklenburgische Lehnsleute, den Domdekan und das Kapitel zu Osnabrück auf den 12. Mai 1541 vor das Lehnsgeschicht an dem Ritterhause zu Tecklenburg. Das Domkapitel schickte seinen Syndicus, der kein tecklenburgischer Lehnsmann war. Er protestierte gegen die Ladung. Die Sache gehöre nicht vor dieses Lehnsgeschicht, sondern vor den ordentlichen Richter. Zur Begründung brachte er unter anderem vor, die Domherren von Osnabrück seien nicht Lehnsleute des Grafen von Tecklenburg, erkannten auch die strittigen Güter nicht als tecklenburgische Lehen an. Auf Antrag des Klägers erging ein Urteil, daß „in diesem Lehnsgeschicht niemand handeln dürfe, er sei denn ein Lehnsmann dieses tecklenburgischen Hofes“. So sah sich der Osnabrücker Syndicus gezwungen, einen Lehnsmann des Grafen von Tecklenburg zum Fürsprech anzunehmen⁴¹.

Das Lehnsgeschicht war also nur für Lehnssachen zuständig, und grundsätzlich durften nur Lehnsleute an ihm teilnehmen. Zu dem Tecklenburger Lehnsgeschicht von 1541 sollten außer dem Lehnrichter und zwei Beisitzern 13 Lehnsleute erscheinen, 10 waren gekommen. Die Zahl der Lehnsleute, die an Lehngerichtsverhandlungen teilzunehmen hatten, schmolz seit dem späten 16. Jahrhundert schnell zusammen. Gleichzeitig ging die Bedeutung der Lehnstage zurück. Als Graf Arnold von Tecklenburg 1605 einen Lehnsmann im Lehnsgeschicht belangen wollte, sandte er ihm eine Liste mit 10 Namen von Lehnsleuten. Von ihnen hatte der Graf bereits 3 gewählt, 2 oder 3 weitere sollte der Lehnsmann auswählen. Außer dem Lehnrichter brauchten also beim Tecklenburger Lehnsgeschicht nur noch 5 oder 6 Lehnsleute anwesend zu sein⁴². Nach einem münsterischen Weistum von 1568 sollte das Lehnsgeschicht aus dem Richter, 2 Beisitzern und 12 Lehnsleuten bestehen. Aber auf Antrag des Bischofs wurde das Urteil abgeändert: Nur bei der Eröffnung des Prozesses und bei der Urteilsverkündung mußten die 12 Lehnsleute anwesend sein. Den übrigen Prozeß, also den größten Teil der Beweisaufnahme, sollten der Richter und zwei Beisitzer durchführen. Indem die Zahl der am Lehnprozeß Beteiligten sich verringerte, bahnte sich der Übergang vom Gericht der Lehnsleute zur landesherrlichen Gerichtsbehörde an. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß 1605 das Tecklenburger Lehnsgeschicht auf dem gräflichen „Gerichtshaus“, nicht wie 1541 am „Ritterhaus“ zu Tecklenburg stattfinden sollte. Die Äbtissin Charlotta Sophia von Herford eröffnete 1695 ihren lieben Getreuen: das Gericht der Lehnsleute sei fast überall in Deutschland „in Abgang geraten“ und an deren Stelle pflegten jetzt die Fürsten „selbst oder durch ihre darzu bestellte Räte des Gerichts“⁴³. Gleichzeitig verschwanden im 17. Jahrhundert die Lehnstage, auf denen alle Lehnsleute zusammenkamen, um ihre Lehen zu empfangen. Statt dessen mußte jeder Lehnsmann während eines Zeitraumes von einigen Wochen auf der Kanzlei seines Lehnsherrn erscheinen. So übertraf im Lehnsgeschicht und beim Lehnsempfang das herrschaftliche Element mehr und mehr das genossenschaftliche. Der moderne Staat sog das Lehnswesen in sich auf.

IV. Die Allodifikation der Lehen

Das Lehnswesen wurde immer mehr in die Grenzen des Territoriums hineingezwängt. Das Lehnrecht wurde zum Territorialrecht, das Lehnsgeschicht zu einer Landesbehörde. Dennoch blieb das Lehnswesen ein Fremdkörper im modernen Staat. Den militärischen und den administrativen Zweck, Ritterdienst und Verwaltung von Amtslehen, erfüllte es im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr oder, gemessen an den Ansprüchen des modernen Staates, nur noch höchst unvollkommen. Der finanzielle Ertrag, den es brachte, blieb gering und unregelmäßig. Die Verwaltungsarbeit, die es erforderte, war groß. Die Belehnungen mußten erneuert werden, wenn ein Landesherr die Regierung antrat oder wenn ein Lehnsmann gestorben war oder sein Lehen veräußert hatte. Zahlreiche Lehnprozesse, vor allem über erbrechtliche Fragen, waren zu entscheiden. Veräußerungen von Lehen bedurften des lehnherrlichen Konsenses. All dies

⁴¹ StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Akten VIa Nr. 8; Msc. VII 2106, I Nr. 8.

⁴² StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Akten VIa Nr. 9, Bl. 22^r-22^v.

⁴³ Münster und Herford: Theuerkauf (wie Anm. 3), bes. S. 83f., 86f. – Tecklenburg: siehe Anm. 41-42.

erforderte viel Schreibearbeit. Lehnbriefe mußten ausgestellt, Reverse entgegengenommen, Protokolle und Register geführt, Urteile aufgesetzt werden. Das Mißverhältnis von Arbeitsaufwand und Ertrag ließ das Lehnswesen im modernen Staat als störendes Element erscheinen. Völlig war das Lehnswesen erst in den modernen Staat eingefügt, als es aufgelöst, die Lehen zu Eigengütern erklärt worden waren.

Diese Allodifikation handhabte systematisch als Erster König Friedrich Wilhelm I. von Preußen⁴⁴. Am 5. Januar 1717 erbot er sich, alle Lehen im Königreich Preußen, in der Mark Brandenburg und seinen anderen Ländern und Provinzen für „Allodial- und Erbgüter“ zu erklären. Er tat es unter anderem aus der Überlegung, „wie vielen beschwerlichen Lasten und Incommoditäten Unsere getreue Ritterschaft, Vasallen und Lehnleute wegen der auf ihren Lehngütern haftenden Lehnsqualität [...] unterworfen sind“. Doch zugleich forderte der König, als Entschädigung eine „jährliche billigmäßige Recognition zu Unsern Cassen beizutragen“. Über die Höhe der jährlichen Abgabe sollten die Stände der einzelnen Länder und Provinzen Vorschläge unterbreiten⁴⁵. Der Absicht des Königs begegneten die Stände allenthalben mit Argwohn und Bedenken. Sie fürchteten um ihre alten Rechte und Privilegien, zum Beispiel hinsichtlich der Erbfolge; sahen die Möglichkeit, daß die jährliche Abgabe unbillig hoch angesetzt oder später erhöht werden könnte. Der König suchte, die Bedenken der Stände in einer gedruckten Schrift vom 24. Februar 1717 zu zerstreuen. Er ließ ihnen zusichern, daß Zubehör der Lehen und die Vorrechte der Lehnleute sollten unverändert bleiben; und die jährliche Abgabe, die er auf 50 Taler für jedes Ritterpferd bemaß, sollte während seiner Regierung nicht erhöht werden. Im übrigen ließ er den Ständen die militärische Situation schildern: „Die löbliche Ritterschaft gestehet selbst, daß sie nach den Lehnsrechten und nach dem alten Herkommen des Landes in casu necessitatis ihre Ritterdienste in natura oder an Gelde seiner Königlichen Majestät zu stellen und herzugeben verbunden sey; sie erbietet sich auch, daß sie solcher ihrer Schuldigkeit sich niemahlen entziehen wolle. Und da nun solcher casus necessitatis jetziger Zeit, in Ansehung anderer Puissancen immerhin continuirenden redoutablen Armatur, wo nicht continuirlich vorhanden, dennoch alle Augenblick entstehen kann, so wird gedachte Ritterschaft von selbst die getreue und vernünftige Reflexion machen, daß bey einer solchen Bewandnis der Sachen es auch einer beständigen Unterhaltung der Roßdienste bedürfe, und daß, weil dieselbe bey der gegenwärtigen Art, Krieg zu führen, fast von gar keinem Gebrauch seyn können, deren Convertirung in eine leidliche Geld-Summe, welche zur Verstärkung Seiner Königlichen Majestät Krieges-Verfassung anzuwenden, nicht allein eine billige, sondern auch eine nötige und schuldige Sache sey“⁴⁶. Die alte Lehnverfassung, die nicht auf ständigen Kriegsdienst hin angelegt war, reichte also nicht mehr aus. Ein stehendes Heer verdrängte das Lehnsaufgebot. Die Lehnleute sollten einen regelmäßigen finanziellen Beitrag zur Unterhaltung des stehenden Heeres leisten.

Als die Stände der Mark Brandenburg sich über die Höhe der jährlichen Abgabe nicht in der gesetzten Frist einigen konnten, bestimmte der König am 17. April 1717 eine jährliche Abgabe, einen „Canon“, von 40 Talern⁴⁷. In den nächsten Jahren ging die Allodifikation in den östlichen Ländern des preußischen Staates voran. Im Herzogtum Magdeburg war sie 1719 durchgesetzt, im Fürstentum Halberstadt 1721, im Königreich Preußen 1732. In den westlichen Ländern gelang sie mit ähnlicher Geschwindigkeit nur in Minden und Ravensberg. In den übrigen westlichen Ländern dagegen, in Kleve-Mark, Mörs, Geldern, Lingen und Tecklenburg, außerdem in Pommern, konnte König Friedrich Wilhelm I. die Allodifikation nicht durchsetzen. Ich gehe für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts nur auf die Verhältnisse in der Grafschaft Tecklenburg etwas näher ein⁴⁸.

⁴⁴ Victor Loewe, Die Allodifikation der Lehen unter Friedrich Wilhelm I. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 11, 1898, S. 41 ff.

⁴⁵ Wilhelm Altmann, Ausgewählte Urkunden zur Brandenburgisch-Preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, T. 1, Berlin 1897, Nr. 42, bes. S. 96f. Vgl. Loewe (wie Anm. 44), S. 45.

⁴⁶ StA. Münster, Tecklenburg-Lingensche Regierung, Akten, in III 127.

⁴⁷ Altmann (wie Anm. 45), Nr. 43.

⁴⁸ Zum Folgenden: StA. Münster, Grafschaft Tecklenburg, Landstände, Akten Nr. 22.

Am 30. Dezember 1766 beauftragte die preußische Regierung in Lingen, die für die Grafschaft Tecklenburg zuständig war, den Senior der Tecklenburger Ritterschaft, Freiherrn von Steinwehr auf Haus Marck, die adligen Vasallen und Besitzer adliger Lehnsgüter in der Grafschaft Tecklenburg zu befragen, ob sie gegen jährliche Zahlung einer bestimmten Geldsumme von dem Lehnswesen entbunden werden wollten. Der Freiherr von Steinwehr antwortete am 16. Februar 1767: Für sich und sein Lehen sei er schon durch ein Allodifikations-Patent des Königs „gnädigst liberiret“. Die übrigen Vasallen äußerten sich hinhaltend; sie wünschten zu wissen, wie es bei der Allodifikation mit der Lehnserbfolge stehe und wie hoch die jährliche Abgabe bemessen würde. Diese Fragen beantwortete die Lingensche Regierung nicht, sondern beauftragte am 3. März desselben Jahres den Freiherrn von Steinwehr erneut, die Ritterschaft zu vernehmen, damit über den jährlichen Canon Näheres vereinbart werden könne. Einen Monat später berichtete der Freiherr, alle Vasallen hätten erklärt, „daß sie lieber auf dem vorigen Fuß sub nexu feudali verbleiben mögten“. Nun drängte die Lingensche Regierung auf Beschleunigung. Sie ersuchte den Freiherrn von Steinwehr, er möge seinen „patriotischen Eifer [. . .] verdoppeln“ und alle Mühe darauf verwenden, dem Tecklenburger Adel den Vorteil der Allodifikation begreiflich zu machen. Das Ergebnis seiner Mühen eröffnete der Freiherr am 20. Juni 1767: „Alle bleiben bey ihrem vorigen Entschluß, daß sie diesem nexui lieber auf vorigem Fuße unterworfen bleiben mögten“. Dreieinhalb Wochen später freilich konnte der Freiherr von Steinwehr der Regierung in Lingen melden, es sei ihm gelungen, die Witwe eines Vasallen zur Allodifikation ihres Lehnsgutes zu bewegen, falls dieser Vertrag den „hergebrachten adelichen Privilegien und Freiheiten unnachteilig seye“.

Der hartnäckige Widerstand, auf den die Allodifikationsversuche der preußischen Behörden in den meisten westlichen Provinzen trafen, war nur Schritt für Schritt zu überwinden. Erst die französische Revolution, die 1789 das „régime féodal“ zerstörte, und das Zeitalter Napoleons brachen der Allodifikation der Lehen energisch Bahn. In den ersten Monaten des Jahres 1809 beseitigten französische Dekrete das Lehnswesen im Königreich Westfalen und im Großherzogtum Berg, also auch in der späteren preußischen Provinz Westfalen. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erklärte zwar diese Gesetze 1825 für ungültig, beließ es aber bei der Allodifikation: „Es sind und bleiben aufgehoben: Die lehenherrlichen Rechte aller Art, insofern sie bei Einführung der fremden Gesetze noch fortdauernd waren [. . .]“⁴⁹. Als Entschädigung für die Allodifikation stand dem ehemaligen Lehnsherrn eine jährliche Abgabe zu, eine feste Summe oder ein prozentualer Anteil am Jahresertrag des Lehens. Dieser Allodifikations-Zins in seinen verschiedenen Formen wurde 1850 beseitigt⁵⁰. Das preußische Gesetz vom 3. Mai 1876 ordnete an, die Reste des Lehnverbandes in der Provinz Westfalen binnen zwei Jahren aufzulösen⁵¹.

⁴⁹ Gesetze über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse und über die Realberechtigungen v. 21. April 1825: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, Jg. 1825, S. 74 ff. (bes. § 1 Ziffer 3, § 59), 94 ff. (bes. § 1 Ziffer 2, § 40 Ziffer 4, § 52), 112 ff. (bes. § 1 Ziffern 3, 10–12, §§ 38 u. 50). Für die Rheinprovinz vgl. Wilhelm Engels, Ablösungen und Gemeinheitsteilungen in der Rheinprovinz, Rheinisches Archiv 51, Bonn 1957, S. 43, 64 ff., 78 ff., 119 f.

⁵⁰ Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse v. 2. März 1850: Gesetz-Sammlung f. d. Kgl. Preuß. Staaten, Jg. 1850, S. 77 ff. § 2 Ziffer 3.

⁵¹ Gesetz, betreffend die Auflösung des Lehnverbandes in der Provinz Westfalen . . . v. 3. Mai 1876: Gesetz-Sammlung f. d. Kgl. Preuß. Staaten, Jg. 1876, S. 112 ff. Der „noch bestehende Lehnverband“ wurde teils mit dem Eintritt der Gesetzeskraft aufgelöst (§ 2), teils zwei Jahre nach dem Eintritt der Gesetzeskraft (§§ 5 u. 6).